

troste Charakter. Er ist so gereift, daß ihm ein Schiedsgericht, in dem auch zwei von ihm selbst bestellte Beifänger waren, einstimmig sagen mußte, er habe in einer geistigen Affäre Körners biederlos leichtfertig gehandelt, weshalb er eine scharfe Kürze einzustufen habe. Der selbe reife, erfahrene und erprobte Charakter hat noch einige ähnliche Erfahrungen zu verzeichnen gehabt.

Da ist der Herr Schurig. Der war neulich in einer Kommissionssitzung so fröhlich und reif... Doch das ist noch in so frischer Erinnerung, daß wir uns Details waren können.

Da ist der Herr Heldt, ein Herr von vielen Graden. Ein besonders gereifter Charakter, vor allen Dingen zum Söller der Parteiautoral berufen. Er willt Parteigenossen aus dem Amt, die ihm nicht passen — aus seinem andern Grunde, als um sein Mütchen an ihnen zu führen. Er fordert — man beachte die Lauterkeit des Charakters, die er achtet — Moral — einen Parteigenossen auf, ihm einen andern unbedeutenden Parteigenossen ans Messer zu liefern. Und da der sündere Auftrag abgelehnt wird, wirft er den Geißen mit dem zu großen Heimlichkeitseitigkali noch einiger Zeit aus Bläster. Dieser Herr Ministerpräsident läßt es zu, daß ein Beamter in der Öffentlichkeit föllisch beschuldigt wird, und verbietet ihm dann, sich öffentlich zu verteidigen, weil dabei Freunde des Herrn Heldt die Herren Max Müller und Krantz, unter die Räder kommen würden! Und da der also Mithandelte, der Genosse Dr. Künnler sich beschworenden vor dem Landtag wendet, wird er im Oberverwaltungsgericht fallgestellt. Im Landtag aber löst Herr Heldt durch keinen lieben Betrugs die Untersuchung der für ihn moralisch vernichtenden Angelegenheit abzufordern!

Da ist die schwankende Gestalt des Herrn Max Müller, das allgemeine Urteil über seine geistige Bereitschaft ist so einstimmig, daß es hier nicht wiederholen zu werden braucht. Daß die Moral anzutast, es genügt der Beweis auf die Affäre Künnler, in der sich der Herr Max Müller fast noch ehrlicher benommen hat als Herr Heldt, wenn das möglich wäre.

Das sind so einige von den gereiften, erfahrenen und erfahrenen Charakteren aus der Schatz der Dreieinzwanzig, das sind einige Proben aus der Galerie von Moralhütern, die sich im Landtag anstrengen, über die sozialdemokratische und ihre führende Leute herabzuhängende Urteile zu fällen!

Und diese Leute waren einmal Sozialdemokraten! Das ist das Traurige an der Sache.

Die „alte“ sozialdemokratische Fraktion

Die bisherige sozialdemokratische Fraktionseinheit im Sächsischen Landtag hat sich neu konstituiert. Sie wird bis auf weiteres den Namen „Alte sozialdemokratische Fraktion“ führen. Zum Vorsitzenden wurde der bisherige Fraktionsführer, Abg. Wirth, gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abg. Krantz, als Beiführer die Abg. Schurig, Schurig und Berger.

Die „Alte sozialdemokratische Fraktion“ soll die Hitze sein! Die Hitze ist falsch! „Alte Fraktion“ mögen sie sich nennen. Aber sozialdemokratisch? Dazu haben sie kein Recht; mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben sie nichts mehr zu tun.

Das Telegramm des Parteivorstands

Am 25. März stellten 17 Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag den mit dem Parteivorstand verabredeten Ausslußungsantrag. Am der Chemnitzer Versammlung wurde von Wirth, Krantz und Drechsler bestritten, daß der Parteivorstand sie klar und klar aufgefordert habe, den Landtag abzulösen. Wie gelangen nun auf dem Umweg über das niederterschneidende Mittelstücksblatt der Dreieinzwanzig zur Kenntnis des Telegramms, das folgenden Wortlaut hat:

Landtagsabgeordneten Karl Betsch.

Berichtende der dreieinzwanzig Genossen fordern, der heutiger Sitzung beschlossen: die am 31. Januar getroffenen Vereinbarungen über das Vorgehen im Landtag sind bindend. Der Parteivorstand verlangt ihre Durchführung.

Unterschrift: Betsch.

Die vom Parteivorstand für bindend erklärten Vereinbarungen vom Landeskongress am 31. Januar besagen, daß

Leben • Wissen • Kunst

Konzert
Am feinsten Sinfoniekonzert der A-Serie im Opernhaus wurde als einzige Höhe Gisberti Requiem vorgeboten. So fühlte ich auch die Wahl einer Totenfeier als Abschluß der Opernhaus-Sinfoniekonzerte anmutet — sie stimmt demnach verhältnismäßig angemessen einer hier in Werte sich wonnebaren offenkundigen, den Ernst des Todes ungeschöntlich als verläßlichen Klangwelt, angesichts auch einer Aufzehrung, die nicht nur strengste Anforderungen erfüllt, sondern darüber hinaus noch eine vielleicht unvergleichliche zu bewirken ist. — Verdi hat das Requiem als Totenfeier für den von ihm und seinem Lande innig verehrten, 1873 gestorbenen Dichter Alessandro Manzoni geschrieben. Weil würden in, daß man über Verdis Requiem das gleiche Urteil fällt wie über Manzonis Archimedius? Es ist mehr Theater als Kirche und kann demnach auch nur im Theater (oder im Konzertsaal) seine urechte Wirkung entfalten. Das ist sehr deutlich gedeckt. Denn die noch uralem Bildwelt erhaltenen Kirchen erlauben eben seine malerischen Ausdrückungen in größerem, modernem Ausmaß. Das ist das zu Kompromissen verpflichtet, die den Wertes der Tonkunst nicht mehr gerecht werden können. Ich will damit sagen, daß Verdis Requiem nicht mehr kommt als andere seiner Art einzutreten, daß es aber eben dieses Grundes wegen im Konzertsaal eindringlicher wirkt. Der Chor dieser Aufführung war aus 300 Stimmen zu schämen, an denen sich außer den Gefangengesetzten noch rund 70 Instrumentalisten gesellten — eine Menge von Ausführenden, die eine Kirchenempore niemals, vor allem nicht in disponierter Form, aufnehmen kann. So gab es denn keinen Beifall in der räumlichen Art der Wiedergabe. Sie war ein tiefliegendes Ereignis. Wir dankten es dem Befund, der alle die ihrt in die Hand gegebenen Mittel — die wundervoll musizierende Kapelle, den Opernchor, den Sinfoniechor, den Dresdner Liedergesangverein und ausserdem Solisten (Julia Rößler, Helene Jung, Karl Eich und Friederich Plasske) — dem Dienst am Werk unterzuordnen verstand.

P. B.

Vom Vortragstisch
Englische Vorträge. Wenn die Gesellschaft für Neuere Philologie nichts weiter unternehmen, als daß sie den Dresdner Freunden Englands und der englischen Sprache Vorträge halten heißt, wie sie im vorjährigen Prof. Goldschmid-Löffel über das moderne England und jetzt Mr. Billingdon über moderne englische Schriftsteller hat, wäre ihre Existenzbereitstellung erreicht. Der wesentliche Vor teil dieser Veranstaltung besteht und aber nicht darin zu liegen, daß die englischen Gelehrten einmal Gelegenheit finden, ihre Sprachkenntnisse zu revivieren, sondern daß Kreise der Dresdner

die Fraktionseinheit bereit war und sich ehrenvölkisch verpflichtet hatte, unter allen Umständen vor dem Eintritt in die Österreicher die Landtagsauflösung herbeizuführen. Der leichte Satz des Telegramms lautet: „Der Parteivorstand verlangt ihre Durchführung.“

Wegeleiterter Weißfall rechts

Die „Alte sozialdemokratische Fraktion“ hat eine gute Presse im reaktionären Lager. Die reaktionären Blätter sind über ihr Verhalten hocherfreut. Die Leipziger Neue Freiheit schreibt:

„Bewußtlos wird sich der eindeutige und mülige (2) Schritt der Dreieinzwanzig zunächst in Sachsen ausspielen. Ihre Parteien werden sich jetzt im Landtag um die von den Reichstagslistern schon etwas angewiesene Karte streiten, die wahren Vertreter des SPD zu sein. Das Schauspiel ist zwar nicht ganz neu, aber in der jetzigen Form doch immerhin in das entscheidende Stadium gerückt.“

Wie die Entscheidung auch ausfallen mag, auf jeden Fall ist für die nächsten Landtags- und Gemeindewahlen in Sachsen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen, wieder mit zwei sozialistischen Parteien zu rechnen. Auf jeden Fall verdient herzugehoben zu werden, daß die 23 Rechtsozialisten wie ein Mann feststanden haben, und daß sie entschlossen sind, alle Konsequenzen aus ihrer politischen Übersetzung zu tragen.

In den dresdner Nachrichten lesen wir:

Die nächste Zeit wird für die sozialdemokratischen Parteien eine schwere Zeit sein, in der sie mit ihrer Arbeit ausgelöscht werden müssen; denn sie müssen zeigen, daß sie diese Probe gut bestehen können; denn nur Schaden kann man daraus beziehen, was werden wird, wenn die radikale Flut hineinragt über dem sächsischen Volle zu sammenschlägt.“

Dieses Vorb aus reaktionären Kreisen müßte eigentlich die Dreieinzwanzig stutzig machen; sie müßten daraus erkennen, welche Geschäfte sie mit ihrer Berücksichtigung sorgfältig bearbeiten müssen. Aber was verlangen wir! Die Dreieinzwanzig sind ja unschätzbar. Bei ihnen hilft nichts mehr, auch nicht der Lobgesang reaktionärer Schriftsteller.

Die Dresdner Nachrichten, die von manchen Leuten für demokratisch gehalten werden sollen, lassen sich folgendermaßen vernehmen:

„Es schaute für die Dreieinzwanzig sicherlich ein großer, im politischen Leben Deutschlands leidet seit langem angespannter Krieg und eine gewisse Schlußverbündungskraft dazu, auf helle Popularität zu verzichten und sich nach oft jahrelanger Arbeit für die Partei von sehr jungen Parteigenossen Müdigeln und ablangen zu lassen. Aber die geistige Erklärung der Rechtspartei zeigt doch, daß sie ihre Position nicht auf

zu gebaut haben. Deutlich wird auf die Spaltungsenden innerhalb der Sozialdemokratie der anderen deutschen Länder hingewiesen, und die Führer der Dreieinzwanzig sind zu kluge und erfahrene Politiker, als daß sie ihnen gefährliche Schritte ohne Rücksichtnahme mit diesen Kreisen innerhalb Deutschlands gewagt hätten.“

Das Blatt scheint in den Dreieinzwanzig den Vortrupp einer neuen Partei zu sehen, die etwa die Richtung der Dresdner Neuesten Nachrichten einschlägt. Die Dresdner Neuesten Nachrichten werden grausam enttäuscht werden. Sie werden sich davon überzeugen müssen, daß die Dreieinzwanzig, trotzdem sie angeblich so klug und erfahren sind, es fertig gebracht haben, sich völlig zu isolieren.“

Gewerkschaften und Parteisplittierung

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung schreibt jetzt in ihrer Nummer vom 15. April:

Die Gewerkschaften werden Spaltungswünschen in der sächsischen Sozialdemokratie keinen Vorweg leisten und möchten allen Gewerkschaften zutrauen, trotz der destruktiven Trennung über die Vorgänge in Sachsen gegenwärtigen folgenden Verfahren hin abnehmend zu verhalten. Wir haben immer befürchtet, daß wie durch jede Berücksichtigung interessierten befürchtet.“

Hoffentlich wird dieser Standpunkt auch von allen Gewerkschaftsinstitutionen streng gehalten! Nicht wäre schlimmer, als wenn der Parteivorsitz in die Gewerkschaften hineingetragen würde.“

„Die Sünde wider den Geist“

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die Chemnitzer Post, zusammen in einem Artikel mit dem Verhalten der 23. Wir entnehmen diesem Artikel folgendes:

„Das ist die Sünde wider den Geist der Demokratie, daß die Gesamtpartei diesen Zustand solange geduldet hat. Seit Jahren kämpfen die sächsischen Parteigenossen, erst mit großer Majorität, dann mit einer geradezu frappierenden Einmündigkeit, um das demokratische Selbstbestimmungsrecht. Jetzt wurden sie von den außerordentlichen Parteigenossen mit unangenehmen Empfindungen angesehen und immer wieder wurde versucht, den jetzt so brutal zutage getretenen Bruch zu verdecken.“

Nun wendet sich der Kampf der Dreieinzwanzig offen gegen Parteivorstand und Gesamtteil, und die bürgerliche Presse sieht ihnen dabei als Kampfteilnehmer. Dürdet die Gesamtpartei einen solchen Zustand, dann bedeutete das völlige Desorganisations und das Ende jeder Disziplin. Weil die Partei aber ohne Disziplin und ohne Massen nicht leben kann und weil die höchste Prinzip ist demokratische Einheit, so kann der Krankheitsherd von Sachsen so schnell wie möglich aufgebrannt werden.“

Alarmruf der Bergarbeiter · Internationaler Abwehrstreit

F. Brüssel, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Die englischen Bergarbeiterführer Smith und Co. haben am Freitag dem internationalen Bergarbeiterkomitee in Brüssel eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen gegeben, die in den letzten Tagen zwischen den Unternehmern, den Vertretern des englischen Bergarbeiterverbandes und dem Ministerpräsidenten Baldwin stattgefunden haben. Die Schlusfolgerung ihrer Darlegungen war, daß die Unternehmer auf den Kampf hinwarten, indem sie sich der unüberwundlichen Forderung der Arbeiter, nämlich der Tarifverträge, widersetzen. Wenn auch nicht alle Hoffnung auf eine friedliche Lösung ausgegeben sei und die Verhandlungen nächste Woche weitergehen, so sei doch mit der Möglichkeit eines allgemeinen Kampfes im Bergbau zu rechnen.

Dem Bericht der englischen Delegierten folgte eine ausführliche Aussprache, an der die Delegierten der meisten Länder teilnahmen. Alle waren darin einig, daß den englischen Bergarbeiter im Falle eines Kampfes weite Unterstützung geboten werden muss. Eine Diskussion entspans sich auch über die internationale Bedeutung des englischen Systems der Staatszulüsse an die Kohlenindustrie. Schließlich wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die internationale Kohlenkrise führt in wachsendem Maße zu schweren sozialen Konflikten in den Bergbau treibenden Ländern. Eine Erleichterung der Lage kann nur durch internationale Regelung der Produktion und Verteilung des Kohle gefunden werden. Das internationale Komitee erklärt sich für volle Unterstützung der britischen Bergarbeiter im Kampf gegen längere

Arbeitszeit, Lohnverkürzung und Bruch des Reichtars und ist bereit, im Notfall die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr von Kohle nach Großbritannien zu verhindern. Für bald, daß diese Maßnahmen nach Prüfung der gesetzlichen Landesverbände einen internationalen Streit einleiten, kommt das internationale Komitee über ein, jede mit einer Vorbereitung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betrachtet werden. Die Gewerkschaften weigerten sich, daher, dieses Angebot ihren Mitgliedern als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften nach einer Lohnverhöhung von möglichst 1 Pfund Sterling (20 Schilling) am Donnerstag einen Gegenvorschlag gemacht, in dem den Arbeitern eine wöchentliche Lohnverhöhung von 2½ Schilling unter Bedingungen angeboten wird, die von den Gewerkschaften als eine Verstärkung der bisherigen Regelung betracht